



Freie und Hansestadt Hamburg

Elternkammer

Hamburg, 11.11.2024

Beschluss 738-07 – Stärkung der politischen Bildung an Hamburger Schulen

Die Elternkammer hat auf ihrer Sitzung am 11.11.2024 wie folgt beschlossen:

Die Elternkammer Hamburg beantragt, die Schulbehörde möge folgende Maßnahmen zur Förderung der politischen Bildung an Hamburger Schulen zu beschließen:

1. Erhöhung des Anteils politischer Bildung im Lehrplan

Der Unterricht im Bereich Gesellschaftswissenschaften soll einen höheren Anteil politischer Bildung erhalten. Dies gewährleistet eine gezielte und regelmäßige Auseinandersetzung mit politischen Themen, demokratischen Werten und gesellschaftlichen Herausforderungen, die bereits in den frühen Schuljahren greift.

2. Einführung verpflichtenden Politikunterrichts ab Klasse 5

Ab der 5. Klasse soll ein verpflichtender Politikunterricht für alle Hamburger Schulen¹ eingeführt werden. Dies dient der frühzeitigen Förderung politischer Kompetenzen, einem Verständnis für Mitbestimmung und demokratische Prozesse sowie der Stärkung der Partizipation in der Gesellschaft.

3. Kontinuierliche Vermittlung demokratischer Werte und politischer Kompetenzen

Themen wie Extremismusprävention, Toleranz, Menschenrechte, Medienkompetenz und der kritische Umgang mit politischen Inhalten auf sozialen Plattformen sollen in den gesamten Schulverlauf integriert werden. Dabei soll die politische Bildung als Querschnittsaufgabe über alle Klassenstufen hinweg behandelt werden.

4. Einbindung von Medienkompetenz im Lehrplan und verstärkte Medienpädagogik

Die zunehmende Bedeutung digitaler Medien und die Verbreitung von Desinformationen über soziale Netzwerke machen eine gezielte Medienpädagogik notwendig. Der Lehrplan soll die Auseinandersetzung mit Fake News und manipulativen Inhalten fördern, sodass die Schüler*innen sensibilisiert und für eine kritische Analyse solcher Inhalte befähigt werden.

5. Stärkung und Fortbildung der Lehrkräfte im Bereich politische Bildung

Zur Sicherung einer hohen Qualität des Politikunterrichts sind regelmäßige Fortbildungen der Lehrkräfte im Bereich politische Bildung erforderlich. Die Schulbehörde soll sicherstellen, dass Lehrkräfte sich in aktuellen gesellschaftlichen Themen, in Diversität und Meinungsbildung sowie in modernen pädagogischen Ansätzen der politischen Bildung regelmäßig weiterbilden können.

¹Gymnasien, Stadtteilschulen, sechsjährige Grundschulen, ReBBZ und spezielle Sonderschulen



Freie und Hansestadt Hamburg

Elternkammer

6. Einführung politischer Bildung in Kindergärten und Grundschulen

Um demokratische Grundwerte frühzeitig zu verankern, soll bereits in Kindergärten und Grundschulen ein elementarer Teil der politischen Bildung verankert werden. Dies fördert ein Verständnis für Teilhabe und Mitwirkung bereits in den ersten Bildungsjahren.

Begründung

Die Förderung der politischen Bildung ist grundlegend für das friedliche Miteinander und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. In einer Zeit, in der extremistische und rassistische Ideologien zunehmen und Desinformation junge Menschen erreicht, ist eine umfassende politische Bildung unerlässlich. Nur durch gezielte Bildung und Partizipation können Schüler*innen *befähigt werden, sich als mündige Bürger*innen* aktiv an der Demokratie zu beteiligen und diese zu schützen.

Schlussfolgerung

Die Elternkammer Hamburg fordert die Schulbehörde auf, diese Anpassungen im Lehrplan vorzunehmen, um eine umfassende politische Bildung sicherzustellen und das demokratische Bewusstsein der Hamburger Schüler*innen nachhaltig zu stärken.

Die Elternkammer begrüßt ausdrücklich die Weiterentwicklung politischer Bildung und verweist auf die entscheidende Rolle, die Schulen bei der Förderung von Demokratie und kritischem Denken spielen.

Elternkammer Hamburg
info@elternkammer-hamburg.de